

Jetzt gehts um die künftige Wohnbaupolitik

Radolfzell ist eine der Städte, in denen es besonders schwer ist an Wohnraum zu kommen, vor allem bezahlbaren. Das steht schon länger auf der Agenda der Politik, doch nun sollen hier mit einem „Handlungsprogramm Wohnen“ auch Nägel mit Köpfen gemacht werden. Der Gemeinderat beschloss das Programm.

Als einen Baustein des Programms wurde zudem ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum auf den Weg gebracht, wenngleich die Wirkung dieser Regelung von einigen Seiten aus dem Gremium angezweifelt wird.

Der Beschluss, der in drei Abstimmungen für das Programm gefasst wurde, war von langer Hand vorbereitet. Denn im letzten Jahr fanden bereits mehrere „Dialogforen Wohnen“ statt, um auch die BürgerInnen mit einzubeziehen und ihren Bedarf wie deren Ideen zu kennen.

In der Sitzung selbst erläuterten die **Dezernentin für nachhaltige Stadtentwicklung, Angelique Augenstein, Ulf Millauer als Leiter der Stadtplanung, mit Philipp König und Tobias Meigel vom Unternehmen Reschl Stadtentwicklung**, das auch mit den Eingaben auf

den Dialogforen gemeinsam entwickelte Handlungsprogramm Wohnen vor, dessen Bestandteil dann auch eine städtische Wohnbaugesellschaft sein könne. Hierzu begann auch schon ein Austausch mit dem Regierungspräsidium, wie OB Simon Gröger schon zu einem früheren Termin informiert hatte. Die zusammengestellte Broschüre für die politischen Gremien ist rund 200 Seiten stark ausgefallen und untersucht auch das Potenzial der Stadt, wo Wohnraum entwickelt werden kann, was zum Teil auch die Stadtteile betrifft. Die Aussage der Fachleute von Reschl Stadtentwicklung ist klar: Radolfzell muss gestalten und stärker in die Zukunft denken. Dabei müsse Radolfzell mit seinem Angebot den Ansprüchen der jüngeren Generation genauso Rechnung tragen wie einer älter werdenden Gesellschaft.

Schon viel in den Schubladen

Wie schon mehrfach angekündigt, ist das Ende der Einfamilienhaus-siedlung in der Stadt absehbar. Denn auch die Naturbewahrung spielt in dem Programm eine ge-

wichtige Rolle. Um ein moderates Wachstum der Stadt entwickeln zu können, sei eine kontinuierliche bauliche Entwicklung in einem „Zielkorridor“ von etwa 150 Wohnungen im Jahr nötig - 30 Prozent davon als sozial geförderter Wohnungsbau - machten die Experten deutlich. Alleine 50 neue Wohnungen im Jahr seien dabei dem Demografischen Wandel geschuldet.

Das Rad muss mit dem Handlungsprogramm längst auch nicht neu erfunden werden, machten die Stadtentwickler deutlich. Viele Pläne schlummerten in der Stadt in Schubladen, jetzt gelte es diese mit neuem Leben zu erfüllen, also nochmals auf den aktuellen Bedarf zu überprüfen. Denn eigentlich steht im Handlungsprogramm auch nicht so viel Neues drin, war eine Erkenntnis der Gemeinderäte. Der Stadtverwaltung war es wichtig, dass diese Entscheidung noch durch den „alten“ Gemeinderat gefällt wurde, der das Entstehen des Programms bis in die Dialogforen hinein begleitet hatte. Die Umsetzungsstrategie wird dann Sache des neu gewählten Gemeinderats ab kommenden Herbst.

Oliver Fiedler